

WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

August 2021



Vertriebenenmuseum in Berlin
Aufgang zur 3. Etage

Inhalt:			
01. Das neue Museum in Berlin	S. 03	08. Dem WDR „tut es leid“, GEZ und kein Ende	S.13
02. 40 Jahre Schutzbund für das deutsche Volk	S. 05	09. Der Mann hinter dem Marshall-Plan (Kennan)	S. 14
03. Das Wort des Vorsitzenden	S. 06	10. Tschechische Kommunisten unter Druck	S. 17
04. Die neue SL-Bundesversammlung	S. 07	11. Die Welt verstehen	S. 18
05. Der 71. Sudetendeutsche Tag	S. 08	12. Kritische Bewertung des Potsdamer Protokolls	S. 15
06. Die Lage vor der Bundestagswahl 2021	S. 09	13. Pilzkunde in der CR	S. 23
07. Wo das Recht stört	S.11	14. Neues Buch zu den Rheinwiesenlagern	S.23
		... und weitere Beiträge passim	

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung, Blatt der freien Presse Deutschlands)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

Gendersprache: Wird nach Möglichkeit beachtet, grundsätzlich gilt aber die männliche Form als Gattungsname.

Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Wolfring, 61250 Usingen, An der Riedwiese 6

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);

Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, von Raumer-Str. 25, 91550 Dinkelsbühl

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 64. Jahr!

Karel Lisicky zum Potsdamer Protokoll:

„Was in Potsdam als kollektiver Standpunkt der drei Regierungen eingetragen wurde, ist keine ausdrückliche Genehmigung des Transfers, sondern die Feststellung, dass es notwendig sein wird, die verbleibende deutsche Bevölkerung ... auszusiedeln. Es heißt dort nicht, dass die Regierungen der drei Großmächte genehmigten (approve), sondern nur anerkannten (recognise), daß es notwendig sein wird, die Aussiedlung durchzuführen.

Man kann einwenden: das ist ein kleinliches Wortspiel. Aber die Diplomaten Sprache legt solchen zarten Schattierungen der Worte eine große Wichtigkeit bei, die nicht nur eine bloße stilistische Bedeutung hat, sondern eine bedeutende meritorische (sachliche) Reichweite.

Die Frage des Transfers und seiner suspendierten internationalen Konsequenzen ist bei weitem nicht so einfach und erledigt, wie wir dies gerne glauben möchten und wie wir dies brauchen würden.“ - (aus: Doklady a Rozpravy Nr. 10, dt. Übersetzung S. 42 ff., K. Lisicky war im Krieg Gesandter der csl. Exilregierung in London.)

Fundstücke

1. Die Stelle des hauptamtlichen Parteisekretärs in den DDR-Betrieben nimmt heute der/die Antidiskriminierungsbeauftragte ein (Thorsten Hinz, JF, 23.4.21).
2. Der Nationalstaat ist die einzige Institution, die die Komplexität der Weltgesellschaft zerlegen und demokratisch regierbar machen könnte (Wolfgang Streeck, Spiegel, 17.7.21).
3. Da in Deutschland 2022 weitere Kraftwerke abgeschaltet werden, drohen Stromausfälle. Weitsichtige Autoren verfassten daher schon das Buch „Kochen ohne Strom“ (Google).
4. In Deutschland sind zwei Drittel der von Landwirten bearbeiteten Felder Pachtland. Die Jahrespacht beträgt durchschnittlich 234 €/ha. Eigentümer der Flächen sind oft kapitalkräftige Investoren. In den USA ist Bill Gates einer der größten Landbesitzer (FAZ, 21.7.21).

Das neue Museum in Berlin:

„Und es bleibt Unrecht“:

Am 23. Juni 2021 konnte im Deutschlandhaus zu Berlin, Stresemannstraße 90, das *Dokumentationszentrum Flucht-Vertreibung-Versöhnung* eröffnet werden. Nach so vielen Jahren des Verschweigens und teilweise Verleumdens erhofften sich viele Vertriebene davon ein Stück Anerkennung für ihre besondere Sühneleistung. Das jahrelange Tauziehen um das Museum verhielt jedoch wenig Gutes. Und so kam es auch. Nicht die Geschichtswissenschaftler, sondern die Geschichtspolitiker prägten das Museumskonzept, das sich daher nur mit einer guten Portion Sarkasmus ertragen lässt.

Kontextualisierung als Prinzip

Als Prof. Ernst Nolte 1987 in seinem Buch *Der europäische Bürgerkrieg* den zaghaften Versuch machte, deutsche Verfehlungen in Beziehung zu den Missetaten anderer zu setzen, brach ein Sturm der Entrüstung los. Was man dem Berliner Wissenschaftler damals so übelnahm, gilt im neuen Museum jedoch als höchste Tugend! Bei Nolte nannte man das noch Relativieren und Verharmlosen, jetzt **Kontextualisierung** (von lat. *texere* - weben, flechten). Die Deutschenvertreibung müsse man immer zugleich mit der Expansionslust der Nazis sehen. **Leider endet die Kontextualisierung aber wieder einmal beim Jahr 1939.** Ausgeklammert wird der bis dahin angehäuften historische Ballast, was natürlich viel Denkarbeit erspart. Zu dieser wollte der gebürtige Pommer Hartmut Saenger (†) im Museumsbeirat anregen, als er die Kriegsschuldfrage anschnitt. Ob es zu einer offenen Diskussion kam, ist unbekannt. Rücktritte polnischer und tschechischer Beiratsmitglieder deuten eher auf Gesprächsverweigerung. Das war auch bequemer als mit Benesch konfrontiert zu werden, der zugab, mit der Vertreibung der Sudetendeutschen habe man „**die Fehler eines Jahrtausends**“ korrigiert!



Im Deutschlandhaus:
„Raum der Stille“

Großen Wert legt das Museum auf eine globale Sichtweise. Die Deutschenvertreibung sei nichts Besonderes, denn weltweit finden und fanden schon immer Vertreibungen statt. Das nennt man Verharmlosung durch Relativierung. Die ganze erste Etage des Museums handelt davon. Damit soll letztendlich ein Verbrechen durch ein anderes gerechtfertigt werden. So führt sich ein Museum, das ein „*sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung*“ sein soll, selbst ad absurdum. Der Verwässerung nähern wir uns schließlich durch die Einbeziehung der Wirtschaftsflüchtlinge, die heute weltweit unterwegs sind.

Eine Idee Erika Steinbachs

Ursprünglich kam die Museumsidee von der BdV-Präsidentin Erika Steinbach (CDU). Ihr Plan stieß bei Tschechen und Polen sowie den einschlägig bekannten



Deutschlandhaus zu Berlin

Deutschen auf heftigen Widerstand. Es galt, die beiden „gefährlichsten“ Sätze zu umschiffen, die da lauten: „Kein Unrecht kann ein anderes rechtfertigen“ und „Kollektivstrafen sind verboten“.



Erika Steinbach

Die Museumsplanung durfte man daher nicht den Betroffenen überlassen, obwohl das identitätspolitisch korrekt gewesen wäre. In der nun folgenden Medienkampagne verstieg man sich sogar dazu, Frau Steinbach in SS-Uniform zu karikieren. Um außenpolitische Verstimmungen zu vermeiden, bot die Bundesrepublik 2008 die Gründung einer „Bundesstiftung Flucht-Vertreibung -

Versöhnung“ unter ihrer Kontrolle an. Der Steinbach-Glotz-Plan wurde im Jahr darauf „beerdigt“.

Relative Ruhe kehrte aber erst 2016 mit der Berufung Dr. Gundula Bavendamm zur Museumsdirektorin ein. Ihr Vorgänger, Prof. Kittel, musste das Feld 2015 räumen, weil sein Konzept zu „deutschland-orientiert“ sei, womit man seine Absicht umschrieb, auch bei den nichtvertriebenen Deutschen Verständnis für die Vertriebenen zu wecken. Letztere trugen die Hauptlast des verlorenen Krieges, ohne angemessen entschädigt zu werden. Prof. Kittel schritt nach seiner Freistellung aber zu einer Ersatzhandlung: Er verfasste ein dickes Buch (s. Bild nebenan!) über den Lastenausgleich!

Vor Dr. Bavendamm war noch Dr. Wilfried Halder, Direktor des Hauses des Ostens, Düsseldorf, für den Posten im Gespräch. Seine Kandidatur veranlasste einige polnische und tschechische Beiratsmitglieder zum Rücktritt, was eigentlich unverständlich war, denn Halder galt als „anpassungsfähig“ (s. Witikobrief 2012/1 und 2015/3).



Die „Ersatzhandlung“

Ausstellung auf zwei Ebenen

Die Ausstellung nimmt im Deutschlandhaus zwei Stockwerke ein. Im unteren werden Vertreibungen und Migrationsereignisse weltweit thematisiert. Über eine großzügig gestaltete Wendeltreppe gelangt man zur „Vertreibung der Deutschen“ im nächst höheren Stockwerk. Während sich der Besucher in der unteren Abteilung zwischen den Exponaten frei bewegen kann, wird er in der „deutschen Abteilung“ in ein Korsett gepresst. Es gibt einen zwingend vorgeschriebenen Weg, der mit den von Deutschen verursachten „unfreiwilligen Wanderungen“ beginnt. Das ist leider die volkspädagogische Holzhammermethode. Der mündige Bürger möchte sich sein Urteil selbst bilden und fühlt sich durch geistige Bevormundungen dieser Art in seiner Würde getroffen. Bei Schiller kommt das als Geslerhut vor.

Anerkennung der besonderen Sühneleistung?

Die Vertriebenen sehen das Museum mit gemischten Gefühlen, denn die erhoffte Anerkennung ihrer besonderen Sühneleistung verschwindet durch die geschilderten Relativierungsversuche hinter dichten Nebelschwaden. Merkwürdige Schlüsse lassen sich auch aus dem Protokoll der Eröffnungsfeier ziehen. Der Bundespräsident glänzte durch Abwesenheit und die Bundeskanzlerin war nur über den Bildschirm

zugeschaltet. Frau Steinbach war überhaupt nicht eingeladen, wurde aber von Frau Merkel als Initiatorin erwähnt, während Frau Grütters, die Kulturministerin, es nicht übers Herz brachte, ihren Namen auszusprechen.

Die Vertreter bestanden auf Kontextualisierung. Da sie diese nur selektiv vornahmen, gaben sie sich eine große Blöße. Vielleicht wird ihnen das eines Tages selbst peinlich sein. Der hl. Augustinus prägte einst das Wort vom „Schiffbruch des Geistes“. Das in der Stresemannstraße Gezeigte ist nicht nur das, sondern auch ein Schiffbruch des Anstands und der Aufrichtigkeit.

Vor 40 Jahren gegründet:

Schutzbund für das deutsche Volk e.V.

Der Schutzbund für das deutsche Volk (SDV) wurde vor 40 Jahren gegründet. Der Witikobund verfolgte dessen Arbeit immer mit Interesse, nicht zuletzt auch wegen der beim Sudetendeutschen Tag 2015 in Augsburg gewährten Unterstützung. Mit einem an gut sichtbarer Stelle gezeigten Transparent nahm er (s. beigefügtes Bild!), Stellung gegen die geplante Satzungsänderung des Herrn Posselt.



So machte sich der Schutzbund 2015 bemerkbar!

Der Schutzbund wurde im Zusammenhang mit der sog. Heidelberger Erklärung gegründet, in der 15 Hochschul-lehrer auf die Folgen des Geburtenrückganges und der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland hinwies. Linke Kräfte witterten dahinter leider gleich Rassismus. Im Grunde liegt diesem Anliegen aber nur der altrömische Erkenntnis „*pares cum paribus facillime congregantur*“ zugrunde (Gleich und Gleich gesellt sich gern). Zahlreiche, in der Zwischenzeit noch deutlicher gewordene Schwierigkeiten hätte man sich ersparen können. Dem dürfte inzwischen sogar Sahara Wagenknecht (Die Linke) zustimmen, für die die Arbeiterschaft die Zeche zahlt, denn die Folgen der Grenzöffnung sind Niedriglöhne und unbezahlbare Wohnungsmieten.

In seinem 40-Jahre-Rückblick muss der Schutzbund leider eingestehen, seine Zielsetzung weitgehend verfehlt zu haben. Gegen die zeitgeistgebundene Medienmacht in Deutschland kam er nicht an, trotz der Verteilung hunderttausender von Handzetteln. Mit dem Witikobund gab es einige personelle Überschneidungen. So gehörte Kam. Prof. Schröcke (†) zeitweise zu den treibenden Kräften im Schutzbund und Kam. Alf Thorsten Werner (†) wird auf einer Antifa-Seite als Mitglied genannt.

Einladung zum Jahrestreffen liegt bei!

Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Vor 75 Jahren traf in Furth i.W. der erste Eisenbahnzug mit 1205 Sudetendeutschen ein. Ihr Schicksal war vergleichbar mit dem der Flutopfer jetzt im Ahrtal. Auch sie waren von einer unvorstellbaren Welle, einer Hasswelle, hinweggespült worden und standen vor dem materiellen Nichts. Solche Katastrophen lassen sich so schnell nicht ausgleichen. Das hat Prof. Kittel für die Vertriebenen in seinem Buch zum Lastenausgleich nachgewiesen. In der „Hochstraße“ zu München will man davon nichts wissen und ist dabei, die einst stolze Volksgruppe auf das Niveau eines Trachtenvereins zu bringen. Kann man da etwas von den bevorstehenden Bundestagswahlen erwarten? Eher nicht! Wahrscheinlich kommen wir erst wieder voran, wenn wir als Opfer der Hitlerdiktatur wahrgenommen werden. Den Österreichern ist das ja gelungen und das Konzept des Berliner Vertriebenenmuseums geht unbeabsichtigt in diese Richtung. Das ist sehr sarkastisch, enthält aber auch ein Körnchen Wahrheit.



Felix Vogt Gruber

Im Oktober, liebe Kameradinnen und Kameraden, treffen wir uns wieder in Echenbrunn. Ich freue mich auf das Wiedersehen und bin sicher, dass wir daraus wieder etwas Kraft für unseren weiteren Weg schöpfen können. Wir setzen uns jedenfalls für eine wichtige und ehrenhafte Sache ein und glauben, dass Wahrheit möglich ist! In diesem Sinne bis zum Oktober!

Euer *Felix Vogt Gruber*

„ Niemals darf ein Mensch, ein Volk wähnen, das Ende sei gekommen. Güterverlust lässt sich ersetzen; über anderen Verlust tröstet die Zeit; nur ein Übel ist unheilbar: Wenn sich ein Volk selbst aufgibt.
(Johann Wolfgang von Goethe)

Wir trauern um die Toten des 31. Juli 1945 in Aussig!

Nachruf auf Rosemarie Kretschmer

Frau Rosemarie Kretschmer, geb. Hadwiger, wurde am 22. November 1934 in Römerstadt geboren und verstarb am 11. Juni 2021 in Wetzlar. Dorthin war sie im April 1946 mit ihren Eltern vertrieben worden. Die Verstorbene bekleidete als Frauenreferentin auf Landes- und Bundesebene höchste Ämter für die SL und den BdV. Große Breitenwirkung erzielte sie mit dem in der Rhön alljährlich abgehaltenen Klöppelkurs, dessen Leitung sie vor mehreren Jahren übernommen hatte. Wir trauern mit ihren beiden Töchtern um eine meinungsstarke Sympathisantin unseres Bundes!

Felix Vogt Gruber

Die neue SL-Bundesversammlung

Die 17. Sudetendeutsche Bundesversammlung (BV) trat am 26./27. Juni 2021 in der Münchner Hochstraße zusammen. Ihr gehören 81 Delegierte an. Auffallendes Merkmal war die Verjüngung des Gremiums. Das zeigte sich besonders augenfällig am Beispiel des Präsidenten. Der fast 90jährige Reinfried Vogler übergab nach vielen Amtsjahren an Frau Christa Naaß, deren Wurzeln im Raum Tachau liegen und die als frühere Landtagsabgeordnete (SPD) über Erfahrungen im öffentlichen Leben verfügt.



Christa Naaß

Bei der Wahl zum Vorsitzenden und zum Sprecher gab es einen Gegenkandidaten zu Bernd Posselt. Der Obmann des SL-Bezirks Oberbayern, Hans Slezak, hatte den Unternehmer Lm. Oskar Bachmann (54) vorgeschlagen. In seiner Vorstellungssrede (siehe nächste Seite) sprach sich dieser u.a. gegen die Satzungsänderung aus und zog damit immerhin 13 Stimmen auf sich, Posselt etwas über 60. Das Erfreuliche daran ist, dass die Gleichschaltung der BV noch nicht ganz gelungen ist und diese kleine Oppositionsgruppe künftig wichtige Fragen ansprechen kann.

Aufgaben der BV

Offene Fragen gibt es dafür wahrlich genug! An erster Stelle muss die Überarbeitung der Wahlordnung stehen. Der Witikobrief hat deren Schwachstellen schon in seiner Mai-Folge 2021 dargelegt und muss sich nicht wiederholen. Betont sei nur, dass viele der jetzigen Delegierten ihre Wahl nur dieser grotesken Wahlordnung verdanken und allen Grund zu bescheidener Zurückhaltung haben. Zu Recht läuft inzwischen auch eine Wahlanfechtung.

Zu den grundlegenden Aufgaben der neuen BV gehört auch, die Zweckbestimmung des Vereins zu bewahren. Zwar meldete „die Hochstraße“ die Vollendung der „großen Vereinsreform“, doch es laufen auch hier Einsprüche, die hoffen lassen, dass die alte Zweckbestimmung erhalten bleibt.

Zeit für eine Umkehr

Sollte das gelingen, wäre ein Rücktritt des gegenwärtigen Vorstandes zwingend notwendig. Die einzige Chance der Sudetendeutschen, ihre Anliegen durchzusetzen, liegt im Beharren auf ihren Rechten. Wie fragwürdig die bisherige Vereinspolitik ist, erlebte kürzlich sogar Posselt-Vize Steffen Hörtler höchstpersönlich, als er in den sozialen Medien seine Familiengeschichte, einschließlich des Vertreibungsablaufes, veröffentlichte. Es gab 1.400 Rückmeldungen, davon 80 % (=1.120) von Tschechen, die aber „größtenteils hasserfüllt“ waren (Sud.Ztg. 25.6.21)!

Die kleine Oppositionsgruppe in der BV ist daher auf dem richtigen Weg. Die Gegenseite will nichts als unsere Kapitulation. Um sich eigenes Nachdenken zu ersparen und den eigenen moralischen Bankrott zu verdrängen, wird ausführlich in der NS-Zeit herumgestöbert. An Kontakten zu uns ist man nur deshalb interessiert, weil sie wie eine Absolution für das Vertreibungsverbrechen aussehen. (F.V.)

Aus der Bundesversammlung am 26./27. Juni 2021:

Zusammenfassung der Vorstellungsrede Oskar Bachmanns

Lm. Bachmann schilderte zunächst ein Schlüsselerlebnis. Bei einer Reise ins Egerland, zeigte ihm sein Vater nicht nur den enteigneten Bauernhof, sondern ging mit ihm in der Flur auch die Grenzsteine ihrer Felder ab. Das veranlasste Oskar Bachmann, der SL beizutreten. Die Enttäuschung kam 2015 mit der geplanten Zweckänderung ohne irgendeine Gegenleistung von irgendwoher. Angemessen scheint es ihm auch, wenn sich die Tschechen an der Unterstützung der SL beteiligten. Die so gewonnenen Mittel könnten auch Landsleuten mit geringen Renten zu Gute kommen.

Zum Schluss seiner Rede stellte Bachmann ein Sofortprogramm vor:

- 1.) Zusammenführung der jetzt gespaltenen SL durch Beibehaltung der alten Satzung. Eine Kompromiss-Suche hält er für möglich. Gegner der Satzungsänderungen dürfen nicht mehr als Rechtsradikale diffamiert werden.
- 2.) Kampf gegen die Benesch-Dekrete notfalls vor internationalen Gerichten.
- 3.) Die Tschechen müssen zur Mitverantwortung für die SL herangezogen werden. Sie müssen einen Beitrag zu deren Arbeit leisten.

Der 71. Sudetendeutsche Tag (ST)

Am 16./17. 2021 fand in München, Gasteig, der 71. Sudetendeutsche Tag (ST) statt. Es war ein Nachholtermin aus dem pandemiebelasteten Vorjahr. Es standen Ehrungen an und nötig war auch, wieder etwas mediale Präsenz zu zeigen. Diese allerdings fiel höchst mager aus, denn sogar das Bayerische Fernsehen hatte für den „Vierten Stamm Bayerns“ gerade einmal fünfzehn Minuten übrig, und das erst kurz vor Mitternacht (23.45 -24.00 Uhr). In der „Qualitäts-*presse*“ fand der ST gar nicht statt.



Der Karlspreis ging diesmal an den tschechischen Exminister Hermann. Von ihm erfuhr man, dass die Sowjets mitschuldig seien an der Vertreibung und die nationalistische Kurzsichtigkeit überwunden werden müsse. So entlastet Schwejk seine Nation und lässt offen, wer da kurzsichtig sei. Da Hermann einst die Sudetendeutschen als „Landsleute“ begrüßt hatte, dürfte ihn das Ergebnis einer neuen Umfrage der *Parlamentni listy* interessieren. 96 Prozent der 10.000 Befragten lehnten es ab, die Sudetendeutschen als Landsleute wahrzunehmen. Wie verbreitet diese Haltung ist, wissen auch der Vorsitzende Posselt und sein Vize Hörbler (Sud.Ztg. 23.7.21 bzw. 25.6.21). Dennoch hofft Posselt nach der langen Corona-Pause auf neuen Schwung für seine Kontakte mit den Tschechen. Vielleicht kalkuliert er mit einer Gewichtsverschiebung in deren Parlament bei den Herbstwahlen. Aber keine Partei wird riskieren, mit der SL in Kontakt treten. Oft hat man bei Posselt den Eindruck, die SL sei nur das Vehikel für seine Europaträume. Im Zuge dessen wirbt er auch für kulturelle Vielfalt, ohne zu bedenken,

dass gerade die Tschechen in dieser Disziplin (nicht nur 1946) krachend versagt haben. Neu ist Posselts Vorschlag, die sudetendeutsche Kultur zum „immateriellen UNESCO-Kulturerbe“ zu erheben. Das ist nicht verkehrt, aber darin eine „*immaterielle Form der Heilung des Vertreibungsverbrechens*“ zu sehen, darf nicht von den harten Fakten ablenken. Diese hat erst jüngst wieder Prof. Manfred Kittel in seinem Buch zum Lastenausgleich zusammengetragen und gezeigt, dass unsere Volksgruppe noch längst keinen Grund hat, sich an immateriellen Zielen zu berauschen (S.636). Sie ist in jeder Hinsicht deutlich schlechter gestellt als die Nichtvertriebenen. Insofern ist auch die kürzlich vorgenommene „große Vereinsreform“ der SL (Posselt, Sud.Ztg., 12.3.2021) völlig fehl am Platze. Mit ihr steigt die SL zu einem besseren Trachtenverein ab. Das kann sinnvoll sein, wie in Litauen unter der Sowjetherrschaft, doch die Litauer verfügten noch über ihr eigenes Land und mussten bis zum Wendejahr 1989 nur fünf Jahrzehnte überbrücken. Uns fehlt das Land, und wir sind schon 75 Jahre in Wartestellung. Mit „weichen“ Faktoren wird man da scheitern. Nötig ist daher die Wahrung und Festigung unseres Rechtsstandpunktes. Davon war in München leider nirgends die Rede.

Die Lage vor der Bundestagswahl 2021

Am 26. September 2021 findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Zugelassen sind vierzig Parteien. Das ist Rekord, den man identitätspolitisch oder als Zeichen der allseits gepriesenen Vielfalt (Diversity?) deuten kann. Man sieht daran aber auch, dass „Druck im Kessel“ ist.

Nicht wenige Bürger und Steuerzahler sind verzweifelt wegen des Zustands ihres Landes, in dem Dieselbetrug, Cum- und Ex-Betrug und krimineller Wirecard-Bankrott möglich sind. Und sie sind entsetzt über Abgeordnete, die mit Maskengeschäften die eigenen Taschen füllen, die ein wirksames Lobbyregister verhindern und die ungerührt zusehen, wenn 80 Prozent der Bürger Hemmungen haben, ihre Meinung offen auszusprechen.

Genauso schlimm ist oft das, was die Parteien im Bundestag beschließen. Da sie sich bis auf wenige Ausnahmen meist kosmopolitisch-träumerischen Zielen verschrieben haben, verfolgen sie eine Energiepolitik, die zur Deindustrialisierung Deutschlands führen muss, und sie dulden den massenhaften Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen, was über kurz oder lang unsere Ressourcen überfordern wird, nicht nur auf dem Wohnungsmarkt! Denkt man dann noch an gewisse familienpolitische Neuheiten, fühlt man sich veranlasst, wieder einmal zu Schrenck-Notzings Buch „Charakterwäsche“ (1965) zu greifen, das sich wie das Drehbuch für unsere Lage liest, einschließlich des Planes, Deutschland möglichst lange ohne Friedensvertrag zu lassen (S.126)!

Wiederwahl verdient?

Angesichts dieser Lage ist es ziemlich dreist, wenn sich gewisse Abgeordneten im Herbst zur Wiederwahl stellen. Sie rechnen mit dem kurzen Gedächtnis des Wahlvolkes und fürchten meist nur den Verlust ihrer Privilegien. Um diese zu erhalten,

„nicken“ sie alles ab, was ihnen vorgelegt wird! Dieses erbärmliche Motiv steckt leider auch hinter der Weigerung, den jetzt auf 709 Abgeordnete aufgeblähten Bundestages zu verkleinern.

Der Wähler und Steuerzahler möge daher sein Gedächtnis anstrengen, um am 26.9.2021 die richtige Antwort zu finden.

Aus Vertriebenensicht

Als Vertriebene dürfen wir auch die Leistungen der Parlamentarier für unsere Anliegen prüfen.

Die Kulturarbeit der Vertriebenen wird gegenwärtig nach § 96 des Vertriebenengesetzes wirksam unterstützt, besonders dort, wo CDU/CSU etwas zu sagen haben. Ansonsten hat sich seit der 1969 von Willi Brandt eingeleiteten neuen Ostpolitik wenig geändert. Damals ging das Spiel verloren, denn unsere Altvorderen kämpften lieber für edle Ziele wie Wahrheit und Recht, statt als Ausgleich eine Nachbesserung des Lastenausgleichs zu fordern. Die materiellen Voraussetzungen hatte das „Wirtschaftswunder“ geschaffen, aber sie fürchteten den infamen Vorwurf materialistischer Gier, der damals in der Luft lag.

Fair wäre es allerdings gewesen, wenn ein Angebot von den Regierungsparteien gekommen wäre, zumal Kanzler Brandt das Misstrauensvotum nur durch gekaufte Stimmen überstanden hatte!

Ähnlich wie 1972 gab es nach der Wende weitere Gelegenheiten: So nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag oder nach den Freundschaftsverträgen mit den Vertreibern und vor allem 2004 bei der Aufnahme Polens und der Tschechei in die EU. Damals waren die Landsmannschaften aber schon zu angepasst für solche Forderungen. Selbst als Finanzminister Waigel 1997 den Landsmannschaften mit Entzug der Gemeinnützigkeit drohte, falls ihre Satzungen weiter die Restitutionsforderungen enthielten, gab es keine Ersatzforderung.

Ein kleiner Trost erreichte die Vertriebenen nur noch 2015 mit der Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter. Siebzig Jahre nach Kriegsende waren aber nur noch rund 35.000 (oder 0,9 %) von ursprünglich 4 Mio. am Leben.

Das ist die Lage vor der Bundestagswahl am 26. September 2021. Alle Parteien bekennen sich zwar wacker zu den Menschenrechten, stellen sich aber taub, wenn die Vertriebenen diese auch für sich reklamieren. Sie blieben auch auf Tauchstation, als in der Nachwendezeit einige Vertreiberstaaten ihre Restitutionsgesetze für Deutsche öffneten. Da hätte es gepasst, auch Polen und die Tschechische Republik zur Nachahmung aufzufordern. Auf vertraulichem Wege erfuhr man, dass das Auswärtige Amt (Westerwelle!) sogar versucht hätte, die restitutionswilligen Staaten zu bremsen (WBr.2017, 3, S.11)!

Selbst die AfD fremdelt etwas mit den Vertriebenen, denn ihr bleibt ja nicht verborgen, wie sehr sich die Landsmannschaften entwöhnt haben, Forderungen zu stellen. Sollte man päpstlicher sein als der Papst? Schließlich schätzt man an einigen Vertreiberstaaten auch, dass sie europaskeptisch sind und multikulturelle Überreibungen ablehnen. Die Wahlkampfauftritte des früheren tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus für die AfD 2017 waren ja kein Versehen.

Ein Gedankenspiel

Mit ihrem Glauben an Recht und Wahrheit haben die Vertriebenen bisher nichts ausgerichtet. Aber Recht und Wahrheit lassen sich nicht so leicht zur Seite drücken, und so hat sich wieder ein neues „Fenster“ aufgetan:

Sehr eindringlich wurde uns bei den Museumseröffnungen in München und Berlin erklärt, dass die Vertreibung mit dem vorausgegangenen Expansionsdrang Deutschlands zusammenhängt. Nicht die Vertreiberstaaten, sondern Deutschland sei eigentlich schuld am Unglück der Vertriebenen.

Haben Frau Merkel und Frau Grütters dabei aber bedacht, dass sich mit dieser Sichtweise auch der Adressat für unsere Forderungen ändert?

Welcher Vertriebenen Sprecher macht nun die Probe? Und keine Angst! Das ist kein Populismus, sondern nur konsequentes Zu-Ende-Denken! (F.V.)

Schon damals:

„Hinter dem, was wir für eine Regierung halten, verbirgt sich etwas ohne jede Bindung an irgendwelche Werte und ohne jede Verantwortung für etwas“

(Theodor Roosevelt, 1912)

Wo das Recht stört

Zu den großen Errungenschaften der zivilisierten Menschheit gehört das Recht. Es schafft Vertrauen und schützt unsere Lebensgrundlagen. Bisweilen aber gibt es Staaten, die sich ihre eigene Rechtsordnung schaffen. Wenn die dadurch Geschädigten Glück haben, kommt es später einmal zur Rehabilitation, wie es derzeit in Polen und bei den Tschechen bisweilen vorkommt:

Zwei Tschechische Revisionsfälle

General Syrový

Die Nachkommen des früheren Armeegenerals, Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jan Syrový verlangen die Aufhebung des gegen diesen 1947 ergangenen Urteils. Syrový musste am 15. März 1939 als Verteidigungsminister anordnen, der deutschen Wehrmacht bei der Besetzung der Resttschechei keinen Widerstand zu leisten. Das wertete man 1947 als Kollaboration und schickte ihn für zwanzig Jahre ins Gefängnis. 1960 kam er frei und musste sein Leben als Hausmeister fristen. 1970 verstarb er mit 82 Jahren. Der Fall wird jetzt vor dem Stadtgericht Prag verhandelt.

Zwangssterilisationen

Ohne Gerichtsurteil, sondern aufgrund eines Gesetzes erhalten tschechische Frauen, die zwischen 1966 und 2012 (!) zwangssterilisiert wurden, eine Entschädigung von 300.000 Kronen (= 11.700 €). Den Stein ins Rollen brachte 2004 das „Europäische Zentrum für Roma-Rechte“, da vor allem Roma-Frauen betroffen waren. Nachdem sich Dutzende von Betroffenen beim Ombudsmann gemeldet und einige sich an die Gerichte gewandt hatten, schlug der Regierungsausschuss gegen Folter 2006 die Zahlung der Entschädigung vor. Im Jahr 2019 entschuldigte sich die damalige Regierung offiziell für dieses Unrecht.

Schwere Kost in Polen

In Polen können Enteignungen, die länger als 30 Jahre zurückliegen, neuerdings nicht mehr angefochten werden. Das sieht ein Ende Juni beschlossenes Gesetz vor, mit dem Polen auf die Rückerstattungswünsche jüdischer Erben für ihre im Zweiten Weltkrieg und später enteigneten Immobilien reagierte. Nützlicher Nebeneffekt ist die Abwehr von Restitutionswünschen deutscher Vertriebener.

In Polen wird dieses Gesetz als Beitrag zur „Rechtssicherheit“ gelobt. Mit Recht hat das natürlich nichts zu tun, denn nach dieser Elle hätten auch die Beneschdekrete „Rechtssicherheit“ gebracht oder die Nürnberger Rassegesetze. Übergeordnet ist immer noch das Völkerrecht. Daher reagierten Israel und der jüdische Weltkongress auch ablehnend. In diesen Kreisen verfestigt sich sogar der Eindruck, dass eine Aussöhnung mit Deutschland leichter sei als mit Polen (JF, 9.7.21, S. 23). Kritische Stimmen zum neuen Gesetz waren auch aus der US-Administration zu vernehmen. Polen muss sich daher überlegen, wie weit es gehen will, denn es steht auch in der EU wegen einer sog. Justizreform, die die Unabhängigkeit der Gerichte beschneidet, unter Beobachtung.

Bitte keine Selbstgerechtigkeit!

Mit Interesse erfahren die Sudetendeutschen von einem „Europäischen Zentrum für Roma-Rechte“. Sie fragen sich, warum es so etwas nicht auch für sie gibt. Oder wird „Recht“ als störend empfunden? Eine Frage, die sich gerade an einige sehr europaffinen Amtsträger der Sudetendeutschen richtet!

Hinsichtlich einer Justizreform in Polen kann Deutschland mithalten, denn deutsche Staatsanwälte unterliegen der Weisungsbefugnis der jeweiligen Justizminister und bei Richterstellen am Höchstgericht hat man keine Hemmungen, sie mit wichtigen Parteigängern zu besetzen. So geschehen bei den Ex-Ministerpräsidenten Gebhard Müller (BW) und Peter Müller (Saarland) oder ganz aktuell bei Anwalt und MdB Stephan Harbarth. Wozu also, liebe Polen, noch eine Justizreform?

Poetisches von Dante:

In Dantes „Göttlicher Komödie“ (17. Gesang) gibt es auch eine Stelle über das traurige Schicksal Vertriebener. Daran sei in Dantes 700. Todesjahr († 1321) erinnert:

*„Dann wirst Du fühlen, wie das fremde Brot /
So salzig schmeckt und welch ein harter Pfad ist /
Die fremden Treppen auf- und abzusteigen.“*

Wer Dummköpfe gegen sich hat, verdient Vertrauen (J.P.Sartre)

Es ist durchaus möglich, dass es in anderen Galaxien intelligente Lebewesen gibt. Dafür spricht schon alleine die Tatsache, dass sie uns bisher nicht besucht haben! (Spiegel, 3.7.21, S.129)

Dem WDR „tut es leid“

GEZ - und kein Ende!

Dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) tut es leid, dass Georg Thiel (53) aus Borken, NRW, in Beugehaft sitzt. In diese missliche Lage geriet Herr Thiel, weil er als Nichtbesitzer von Fernsehgerät und Radio der Meinung ist, die GEZ-Gebühr von mtl. 17,50 € nicht bezahlen zu müssen. Der für ihn zuständige Sender ist der WDR, der aber auf Zahlung besteht. Das ist aber nicht so einfach, weil Thiels Einkünfte unter der Pfändungsgrenze von 1.127 € monatlich liegen. Herr Thiel lehnte es auch ab, die in solchen Fällen erforderliche Vermögenserklärung abzugeben, was die Beugehaft nach sich zog.

Vor vier Jahren gab es einen ähnlichen Fall im Gebiet des Mitteldeutschen Rundfunks. Dort ließ der MDR eine Zahlungsverweigerin ungeschoren. Diesen Weg will der WDR nicht gehen, weil das an der Allgemeinverbindlichkeit rütteln würde. So muss er einen großen Ansehensverlust in Kauf nehmen, der umso schwerwiegender sein könnte, als die Sender schon lange wegen einseitiger Berichterstattung und großzügiger Dotierung ihrer Mitarbeiter angegriffen werden. Bei Direktorengehältern von 400.000 € (Tom Buro) und Monatsrenten von 17.000 € (= täglich 566 €, Carola Wille) ist das auch verständlich.

Nun hat das deutsche Höchstgericht sogar noch eine Gebührensteigerung um jährlich 10,32 € gebilligt. Das aber kann für die Medienanstalten ein Pyrrhussieg sein, denn das Urteil übertrug die Gebührenfrage einem Expertengremium. Das aber wurde von der AfD wegen der Ausschaltung der Länderparlamente sofort als undemokratisch gebrandmarkt. Die AfD hält die Medienanstalten ohnehin für einen Staatsfunk und will sie abschaffen. Jetzt hofft sie bei den Bundestagswahlen im September auf vermehrten Wählerzuspruch, was die anderen Parteien allerdings durch Totschweigen des Themas verhindern wollen (Spiegel, 7.8.21, S. 21).

Die GEZ verwaltet 45 Mio. Beitragskonten. Jährlich müssen 20 Mio. Mahnungen verschickt werden. Danach kommt es zu rd. 60.000 Zwangsvollstreckungen - pro Monat! Dabei kommt es auch zur Verhängung von Beugehaft. Daher wundert es nicht, dass der Anteil an „Schuldhäftlingen“ in deutschen Haftanstalten bei 40 Prozent liegt!

Zu diesen wird Georg Thiel aber bald nicht mehr zählen, denn die Höchstdauer der Beugehaft beträgt sechs Monate und läuft bei ihm im August ab.

Und noch etwas Erfreuliches: Die GEZ will auf die Eintreibung der Gebühren von den Flutopfern an der Ahr und in den übrigen Katastrophengebieten verzichten, wenn deren Häuser, Betriebe und Autos zerstört wurden (FAZ, 27.7.21).

Deutsche in den Kolonien

Nach dem Ersten Weltkrieg wünschten 117 Häuptlinge aus Kamerun, dass die Deutschen wieder die Kontrolle über ihr Gebiet übernähmen und baten den spanischen König, sich dafür einzusetzen (PAZ, 23.7.21, S. 10).

Der Mann hinter dem Marshall-Plan:

George F. Kennan

Caesar eroberte Gallien. So steht es in allen Geschichtsbüchern. Berthold Brecht erlaubte sich aber die Frage, ob er nicht wenigstens einen Koch dabei gehabt hätte.

So ähnlich verhält es sich mit dem Marshall-Plan, der 1947/48 die wirtschaftliche Erholung Westeuropas einleitete. Auch dieser war ein Gemeinschaftswerk, und der „Koch“ Marshalls war George F. Kennan (1904-2005). Dieser gab 1946/47 den entscheidenden Anstoß für ein Umdenken in der Russlandpolitik, was man in seiner 1967 erschienen Autobiographie „*Memoiren eines Diplomaten*“ nachlesen kann.

Kennan hatte sich schon zum Russlandspezialisten ausbilden lassen, ehe es in Moskau überhaupt eine US-amerikanische Botschaft gab. So tat er zunächst Dienst in den russlandnahen baltischen Staaten. Als junger Beamter wurde er aushilfsweise aber auch in Genf, Hamburg, Prag, Berlin, Wien, Lissabon und London eingesetzt. In Prag hielt er sich während der Protektoratserrichtung auf (1939) und in Berlin weilte er, als Deutschland den USA den Krieg erklärte (1941). Deutschland kannte er seit 1912, als er sich mit seiner Stiefmutter für ein halbes Jahr in Kassel aufhielt.



George F. Kennan

In der Folge wird das Interessanteste aus Kennans Buch nachgezeichnet. Vorab sei nur verraten, dass der ganzen Welt, aber besonders uns Deutschen, manches Leid erspart geblieben wäre, hätte man Kennans gründliche Analysen von Kultur, Politik und Wirtschaft Russlands in Washington früher, möglichst schon ab 1933, ernst genommen.

1928, Hamburg: Kennan besucht einen Vortrag über die Kriegsgedichte Franz Werfels. Dabei wird ihm das die Deutschen belastende Leid nach dem Ersten Weltkrieg bewusst (S. 31).

1928, Reval, Riga: Kennan beginnt, sich ernsthaft mit Russland zu beschäftigen, indem er alle bisher von den Sowjets abgeschlossenen Handelsverträge untersucht und die darin enthaltenen „Fallstricke“ für die Vertragspartner herausarbeitet. Sein Misstrauen gegen die Russen ist geweckt.

1933, Moskau: William C. Bullit wird (nach 1918) erster US-Botschafter in Moskau. Kennan begleitet ihn als „Adjutant“. Seine Warnungen vor zu großer Vertrauensseligkeit zu Russland werden nicht ernst genommen. Im US-Außenamt überwogen kosmopolitisch-träumerische Kräfte. 1936 wurde sogar die Russland-Abteilung im US-Außenministerium aufgelöst und der Westeuropa-Abteilung zugeschlagen (S. 92). Kennan war von da an für mindestens zehn

Jahre „*uneins*“ mit der offiziellen Russlandpolitik der USA (S.79).

1934, Moskau: Kennan hält die Moskauer Botschaften Deutschlands und der USA für die beiden leistungsfähigsten (S. 90).

1939, Prag: Im September 1938 wurde Kennan nach Prag versetzt. Im März 1939 erkannte er beim Einzug der deutschen Truppen die Trauer der Tschechen über den Verlust ihrer erst vor zwanzig Jahren errungenen Selbständigkeit. Allerdings konnte er sich auch noch an ihren „*engen Sprachchauvinismus*“ den Deutschen gegenüber erinnern (S. 102). Ausgerechnet in diesen turbulenten Tagen verlangte der US-Botschafter in London, Joseph Kennedy, einen seiner Söhne bei einer Informationsreise durch die CSR zu betreuen. Man war wütend, doch es half nichts, der junge Gast musste durch die deutschen Linien geschleust und überall hingeführt werden, wo er etwas zu sehen wünschte. Mit dieser Aufgabe des „*Bärenführers*“ (S. 100) wurde George Kennan betraut. Zweiundzwanzig Jahre später war der junge Mann Kennans Vorgesetzter, denn der Gast war John F. Kennedy.

1939, Berlin: Kennan wurde bei Kriegsbeginn nach Berlin versetzt. Dort beobachtete er das „*mürrische Schweigen*“ der Deutschen bei der Siegesparade nach dem Polenfeldzug. Reserviert nahm man auch die Einnahme von Paris zur Kenntnis. Der Hitlergruß wurde kaum angewandt (S.116). In einem Cafe machte er die Zufallsbekanntschaft einer Deutschen und stellte hinterher erstaunt fest, dass der Krieg in der zweistündigen Unterhaltung keine Rolle gespielt hatte (S. 120).

1941, Bad Nauheim: Nach der Kriegserklärung Deutschlands an die USA standen die US-Botschaftsangehörigen unter Arrest. Sie wurden mit Sonderzug von Berlin nach Bad Nauheim gebracht und bewohnten dort das Hotel Jeschke, das kurioserweise am Flüsschen „USA“ (Usa) lag (Es entspringt im Taunus nahe dem Städtchen Usingen). Die US-Regierung kümmerte sich erst nach sechs Monaten um ihre Ausreise über die Schweiz und Portugal. Für die Zeit der Internierung zahlte die US-Regierung den rund 100 Botschaftsangehörigen keine Gehälter, da sie nicht für die Botschaft gearbeitet hätten (!).

1945, Moskau: In den von der Roten Armee besetzten Ländern Osteuropas gab es Kontrollkommissionen, denen Offiziere aller drei Verbündeten angehörten. Kennan hielt das für falsch, weil die Westalliierten dadurch mitverantwortlich wurden für die Verstöße der Sowjetarmee gegen Völker- und Menschenrecht.

1945, Berlin: Kennan ist verzweifelt über die „*einfältigen Beschlüsse*“ (S. 336) der Potsdamer Konferenz. Sie enthielten sämtliche Fehler, vor denen er nach siebzehnjähriger Russlanderfahrung gewarnt hatte. Insbesondere zweifelte er an der Möglichkeit einer gemeinsamen Viermächte-Verwaltung Deutschlands.

1945, Nürnberg: Kennan ist verzweifelt über die Abhaltung des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg. Er hielt die Sowjets wegen eigener Menschheitsverbrechen für nicht qualifiziert, mit am Richtertisch zu sitzen.

1945, Moskau: In den USA gab es Kräfte, die den Russen die Baupläne für die Atombombe (als vertrauensbildende Maßnahme) übergeben wollten. George Kennan sprach sich im September 1945 vehement dagegen aus (S. 301).

Für die USA wurde in Potsdam „die teuerste diplomatische Nachhilfestunde der Weltgeschichte gegeben.“ (Caspar Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, S. 92).

1946, Moskau: Im Februar 1946 war man im US-Finanzministerium entsetzt über die Weigerung der Russen, sich der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds anzuschließen. Das US-Außenministerium leitete den „*Entsetzensschrei*“ (S. 298) an die Moskauer US-Botschaft weiter und bat um Erläuterung. George Kennan war gerade kommissarischer Leiter der Botschaft und erkannte seine Chance. Jahrelang hatte er einflussreiche Leute erfolglos „*am Ärmel gezupft*“, um ihnen seine Sicht auf Russland nahe zu bringen. Jetzt wurde er ausdrücklich um seine Meinung gefragt und hoffte auf Beachtung. Nicht ganz unbescheiden schickte er ein Telegramm von 8.000 Wörtern (!) nach Washington. Seine in vielen Moskau-Jahren erworbenen Einsichten wurden jetzt verstanden. Kennan wurde schon im April nach Washington versetzt, und zum „Ersten Beauftragten für Fragen der Außenpolitik“ am neu gegründeten National War College ernannt. Neben seiner Lehrtätigkeit hielt er unzählige Vorträge vor einflussreichen Gremien. Kennan verwandte schon 1946 das Wort „*ein-dämmen*“ (containment). Beim Aufbau des „War College“ stellte er den Mangel jeglicher militärstrategischer Literatur aus amerikanischer Feder fest. Er griff zurück auf Clausewitz und Machiavelli (S. 313).

1947, Washington: Kennan wurde am 24. Februar 1947 in den Planungsstab für die „Truman-Doktrin“ berufen. Seine Empfehlungen spiegelten sich jedoch kaum in dem am 12. März 1947 verkündeten Endprodukt, was Kennan „*bestürzt*“ machte. Für ihn waren politische Maßnahmen wichtiger als militärische. Eine militärische Bedrohung durch die SU hielt er nach deren bösen Erfahrungen in Finnland für unwahrscheinlich. Unterwanderung und innerer Umsturz wie in der Tschechei seien aber wahrscheinlich. Kennan sah auch früh die Gefahr einer Überdehnung für das Sowjetreich voraus, was dann ja auch eintraf. Auf der Welt gäbe es nur fünf Regionen, die für die massenhafte Herstellung von Kriegswaffen in Frage kämen: Die USA, Großbritannien, **das Rheintal**, Russland und Japan. Das müsse beachtet werden. Die USA hatten erkannt, dass sie in der Welt demokratische Partner benötigten, um erfolgreich Politik machen zu können (S. 329).

1947, Washington: Außenminister Marshall kam am 28. April 1947 von einer Außenministerkonferenz in Moskau zurück. Tags darauf rief er George Kennan zu sich und ernannte ihn zum Leiter eines neu zu gründenden Planungsstabes. Dieser zog sich vom 29. April bis zum 23. Mai 1947 in einen „*telefonlosen Raum*“ zurück. Heraus kam der Marshall-Plan. Die darin enthaltenen Ideen

stammten aus vielen Quellen. Für die textliche Fassung war Kennan verantwortlich. Es ging um die Eindämmung der sowjetischen Expansion, die sich gerne sozialer Krisen bediente. Also müssten stabile Gesellschaften geschaffen werden, wozu ein Mindestmaß an industrieller Entwicklung nötig sei. In Japan und Westeuropa sei eine Stabilisierung möglich. Die Wiederbelebung der industriellen Produktion in Westdeutschland müsse „*oberstes Ziel*“ sein (338 u. 347). Die alte Besatzungspolitik mit der Entnazifizierung hätten zwei wertvolle Jahre gekostet (S. 337 f.).



George C. Marshall

1947, Washington: Außenminister Marshall stellte seinen Plan am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Universität Harvard vor. Der Kongress beschloss ihn am 3.4.1948. Er wurde ein großer Erfolg. Zwei Jahre später fand in Washington ein Empfang der Marshall-Plan-Länder statt. General Marshall prostete Kennan zu und dankte ihm zwei Tage später mit einem persönlichen Handschreiben für sein Mitwirken.

Kennans Verdienst bestand ohne Zweifel darin, dass er sich in Moskau ernsthaft mit dem Wesen seines Gastlandes befasst und mit diesem Wissen die US-amerikanische Nachkriegspolitik unterfüttert hat. Wie tief Kennan sich in das Wesen seines Gastlandes eingearbeitet hatte, zeigen seine Pläne für eine Puschkin-Biographie. (F.V.)

*Bei uns gibt es starke Kräfte,
die den moralischen Endsieg des Menschen über den Deutschen anstreben.*
(frei nach Günter Grass)

Tschechische Kommunisten unter Druck

In der Tschechei haben sich die Kommunisten erstaunlicherweise trotz 42-jähriger Diktatur bis heute ganz wacker gehalten. Die Regierung Babiš lässt sich sogar als Minderheitenregierung von ihnen dulden. Anders als in benachbarten Staaten hielten sie es nicht einmal für nötig, ihren Namen zu ändern. Fragt man nach den Ursachen, kommen zwei Ereignisse in Frage.

Einmal die Verträge Beneschs mit Stalin 1935 und 1943. Und dann das Versagen der USA 1945. Eine kosmopolitisch-träumerische Regierung in Washington zwang damals General Patton, mit seinen Panzern zwei Wochen untätig an der böhmisch-bayrischen Grenze verharren, anstatt bis zum Riesengebirge vorzustoßen. Hätten US-Panzer Prag vor den Russen erreicht, hätte sich das westliche tschechische Asyl schon in den Prager Amtsstuben festsetzen können, ehe das Moskauer Exil eintraf, und der Umsturz 1948 wäre wahrscheinlich gescheitert.

Diese Sünden der Vergangenheit wirken nach und machen den Tschechen noch heute das Leben schwer. Es regt sich aber Widerstand:

Renten Kürzung für Kommunisten?

Das tschechische Parlament plant eine allgemeine Rentenerhöhung um 300 Kronen

(12 €). Der Vorsitzende der Christdemokraten, Marian Jurečka, beantragte aber noch eine Ergänzung zur Senkung der Renten einst führender Kommunisten. Bei der Rentenberechnung sollen die Zeiten, die sie in hohen Ämtern verbrachten, unberücksichtigt bleiben. Jurečka meint, dass es unmoralisch sei, Verfolger von Mitbürgern und Unterdrücker der Menschenrechte überdurchschnittlich gut zu belohnen, zumal sie sich auch noch anderer sozialer Vergünstigungen erfreuen.

Die Anregung für diese Forderung kam aus der Slowakei, wo ein ähnliches Gesetz schon beschlossen wurde. Da die gegenwärtige Regierung aber vom Wohlwollen der tschechischen Kommunistischen Partei abhängt, dürfte der Gesetzesantrag Jurečkas abgelehnt werden. (Radio Prag, 8.7.21)

Gegenwind auch von anderer Seite

Aus Anlass des 100. Gründungsjahres der KPC (1921) startete die Bürgerinitiative „Bez komunistů.cz“ (Ohne Cz-Kommunismus) eine Kampagne mit dem Motto „100 Jahre sind genug“ und erinnert an die Verbrechen der KPC. Dazu gehören hunderte von Justizmorden (darunter Milada Horáková) und rd. 300 Opfer an der Grenze zum Westen. Tradition hat ein Gedenken, das auch in diesem Juni auf dem Friedhof im Prager Stadtteil Ďáblice durchgeführt wurde. Es galt den in Gefängnissen verstorbenen Kindern inhaftierter politisch verfolgter Mütter. Sie seien die unschuldigsten Opfer des Kommunismus gewesen. Angeprangert wird auch die Untätigkeit der kommunistischen Behörden gegen die russische Geheimpolizei, die im Gefolge der Sowjetarmee in die CSR kam und rund 400 russische Asylanten verhaftete, obwohl diese schon überwiegend die tschechische Staatsbürgerschaft besaßen. Sie verschwanden im Gulag, das nur 70 überlebten (Radio Prag, 18./22.5.21).

Die Welt verstehen

1. Die französische Siegermacht führte zwischen 1945 und 1949 in Rastatt eigene Kriegsverbrecherprozesse“ für „kleine Fische“ durch. Die Gerichtsakten dazu waren ursprünglich für 100 Jahre gesperrt, wurden jedoch kürzlich freigegeben (FAZ, 4.5.2021, S. 13).

2. Bei den Reichstagswahlen 1912 entschieden sich in Elsaß-Lothringen nur 3,2 % der Wähler „für das französische Lager“ und dennoch wurde das Land 1918 von Deutschland abgetrennt (JF, 7.5.21, S.19).

3. IBM bringt bis 2024 einen 2-Nano-Chip auf den Markt, der auf Briefmarkengröße 50 Milliarden Transistoren enthält und um 45 % leistungsfähiger ist als die bisherigen Produkte. Da sein Energiebedarf um 75% niedriger ist, werden Handy-Akkus länger vorhalten (FAZ, 10.5.21, S. 20).

4. Ab 1920 wurden jedes Jahr 3.000 tschechische Offiziere in Frankreich ausgebildet. Gleichzeitig arbeiteten 15 hohe französische Offiziere in Prag (Erhard Tewes, Zwanzig Jahre Benesch-System, S. 59).

5. Im Ersten Weltkrieg kam es zu einer Meuterei an der französischen Ostfront, weshalb in bestimmten Bataillonen jeder zehnte Mann erschossen wurde (Kühnelt-Leddihn, Von Sarajewo nach Sarajewo, S. 20).

6. Laut Haushaltsplan schuf die Bundesregierung kurz vor ihrem Abgang im Herbst noch 169 neue B 3 bis B 9-Stellen (Anfangsgehälter 8.740 bis 12.206 € mtl.) für ihre „treuen Weggefährten“. Das Motto dieser „Operation Abendsonne“ lautet „B 3 macht frei“ (Spiegel, 10.7.21, S.19).

7. Während der Kanzlerschaft Frau Merkels wurden in den einzelnen Ministerien 4.600 neue Beamtenstellen geschaffen. Die höchste Steigerungsrate hatte mit 87 Prozent das Familienministerium. Das Kanzleramt wuchs um 60 Prozent von 465 auf 744 Stellen („Zuerst“, 6/2021, S. 30).

8. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stoppte die geplante Förderung der (meist regierungsnahen) gedruckten Tagespresse. Geplant waren 220 Mio. € als „Hilfe für die digitale Transformation“. Zur Ablehnung bewogen Altmaier verfassungsrechtliche Bedenken (JF, 7.5.21, S. 17).

9. Die CR kann ihren Gemüsebedarf nur zu 30 Prozent selbst decken. Die Importe kommen aus Deutschland, Italien, Holland, Spanien usw. und kosten rd. 590 Mio. Euro jährlich (Radio Prag, 15.5.21).

10. Das Fahren von Geländewagen (SUV) gilt als besonders umweltschädlich. Daher ist es erstaunlich, dass hinter dem Steuer dieser Autos mit 16,3 % am häufigsten „Grüne“ sitzen (FAZ, 16.5.2021).
12. Schweden ist um 100.000 qkm größer als Deutschland und mit nur 23 Einwohnern pro qkm zehnmal dünner besiedelt (PAZ, 21.5.21).
13. Zwischen 14. Februar und 14. April 2021 führte die Polizei pandemiebedingt an der tschechischen Grenze Einreisekontrollen durch. Dabei wurden 147 mit Haftbefehl gesuchte Personen festgesetzt und zahlreiche Straftaten aufgeklärt (JF, 14.5.2021, S. 5).
14. Die deutsche Tagesschau (ARD) berichtete vom ungarischen Nationalfeiertag (15.März 2021) an dem MP Viktor Orban eine Rede hielt. Orban erscheint dabei als Hetzer mit diktatorischen Absichten. Ein Ungarisch sprechender Deutscher entlarvte das aber als völlige Fälschung (JF, 28.5.2021, S. 23).
15. Am 1.6.2021 nahm in Luxemburg die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) ihre Arbeit auf. Ungarn beteiligt sich daran nur bedingt, weil das auch eine Frage der Souveränität sei (Budapester Z, 3.6.21).
16. Präsident Lukaschenko zwang ein Ryanair-Flugzeug zur Landung, um den Dissidenten Protasewitsch zu verhaften. Er kopierte dabei die USA, die 1985 eine ägyptische Maschine über Italien und 2013 eine bolivianische in Wien zu einer „Flugunterbrechung“ zwangen. In Italien ging es um palästinensische Geiselnnehmer und in Wien um den Whistleblower Snowden, der aber nicht an Bord war (PAZ, 4.6.21, S. 10).
17. Beim deutschen Bundeskriminalamt gibt es 8.517 Planstellen und bei der Bundespolizei 49.957. Hinzu kommt noch das Personal von 16 entsprechenden Landeseinrichtungen. Mangels Bewerbern können beim Bund aber rd. 15 % der Stellen nicht besetzt werden (Spiegel, 26.6.21, S. 10).
18. Im Jahre 2020 wurden in Deutschland 100 Wölfe von Autos überfahren. Im laufenden Jahr sind es bereits 52. Weitere 28 bzw. 21 Wölfe starben aus anderen Gründen (Spiegel, 26.6.21, S. 95).
19. Wissenschaftliche Arbeiten befassen sich dreimal so häufig mit blauen Blumen wie es ihrem Vorkommen entspräche. Bei weißen und roten Blumen gilt der Faktor 2. Offenbar siegen hier Gefühle über wissenschaftliche Objektivität (Google).
20. Nach dem Dreifachmord in Würzburg durch einen Asylbewerber schätzten Fachleute, dass „mehr als die Hälfte“ der Zugewanderten mit diesem Status psychisch erkrankt seien (FAZ, 4.7.2021).
21. Steffen Hörstler veröffentlichte in den sozialen Medien die Vertreibungsgeschichte seiner Eltern. Unter den 1400 Rückmeldungen waren 80 % Tschechen, leider „größtenteils hasserfüllt“ (SZ, 25.6.21.S. 9).
22. Für deutsche Zwangsarbeiter wurden 2015 fünfzig Millionen Euro bewilligt. Das sind 0,7 Prozent der Summe (71 Mrd. €), die Deutschland ausländischen Zwangs- und Fremdarbeitern zahlte (WBr.2016, 2).
23. Bundespräsident Frank Walter Steinmeier redigierte als Student eine linke, vom Verfassungsschutz beobachtete Zeitschrift, die in einem von der DDR finanzierten Verlag erschien (Wikipedia).
24. Kaiser Wilhelm II pries die deutsche Armee als „schimmernde Wehr“. Seine Gegner machten daraus die „schimmernde Wehr“. (Nürnberger Zeitung, 28.10.1987)
25. Der im Juli 2021 verstorbene Alfred Biolek stammte aus Freistadt/Mähren, stand den Vertriebenen aber fern. Sein Vater war als Mitglied der Henlein-Partei Vizebürgermeister von Freistadt (Wikipedia).

Kritische Bewertung des Potsdamer Protokolls

Milan Churaň zeigt in seinem Buch *Das Potsdamer Abkommen und die Tschechoslowakei* (Prag, 2001, deutsche Fassung Dinkelsbühl 2007, 374 Seiten), dass der Wortlaut des Potsdamer Protokolls **nur bedingt** zur Rechtfertigung für die Vertreibung der Sudetendeutschen herangezogen werden kann. Auf tschechischer Seite verwies auf diesen Umstand schon Karel Lisický in den fünfziger Jahren, leider wertete Churaň dessen Referate nur zum Teil aus.

Die folgende Zusammenstellung der Kernsätze des Churaň-Buches soll eine Übersicht über dessen Inhalt erleichtern. Der tschechische Titel des Buches lautet übrigens *Postupim a Československo-myty a skutečnost* (Potsdam und die Tschechoslowakei-Mythos und Wirklichkeit).



Milan Churan

Vorwort in der deutschen Ausgabe von Ernst Korn

S. 8: Der US-Kongress widerspricht der aus Absatz XIII des Potsdamer Protokolls abgeleiteten Behauptung, die USA seien mitverantwortlich für die vollständige Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa.

S. 9: Für das deutsche Volk sind die Potsdamer Übereinkünfte unverbindlich (BVG, 17.8. 1956, siehe auch S. 214!). Bis heute gibt es in der CR kein namhaftes Buch über die Potsdamer Konferenz. Der Standpunkt des Westens zur Vertreibung der Sudetendeutschen wird den Tschechen bis heute verheimlicht.

S. 11: Eine Vertreibung von Tschechen fand 1938 nicht statt (sh. auch S. 227-230). Es gab kein Dekret des Deutschen Reiches zu ihrer Umsiedlung in das Landesinnere. Die Zwangsarbeiterfrage relativiert sich, wenn man weiß, dass vor und nach dem Münchener Abkommen Zehntausende tschechische Arbeiter freiwillig nach Deutschland gingen. 1940 waren es 120.000.

Einleitung von Milan Churaň:

S. 16: Das Potsdamer Dokument ist kein Internationaler Vertrag, da ihm die wesentlichen Merkmale dafür fehlten (Ratifizierung usw.). Es fehlt auch in der Sammlung der Gesetze der CR und der UNO. (Sh. auch S. 207).

S. 20/21: Die wesentlichen Dokumentationen zu Potsdam sind den tschechischen Historikern vermutlich gänzlich unbekannt. Sie fehlen selbst in der tschechischen Nationalbibliothek. (S.24).

Hauptteil:

S. 48: Nach dem Kriege fragt Joseph E. Davies (enger Mitarbeiter Roosevelts) Churchill, ob er und England einen Fehler gemacht hätten, als sie Hitler nicht gegen Stalin unterstützten.

S. 51 f.: Die tschechische Exilregierung (London) hat schon am 30.1.1945 (also vor Jalta) die kommunistische Exil-Regierung der Polen anerkannt.

S. 53: Die Londoner tschechische Exilregierung forderte offiziell erstmals im August 1944 einen „Transfer“ der Sudetendeutschen.

S. 57: Lediglich die Kommunisten drangen 1945 auf raschen Abzug der Amerikaner aus Böhmen.

S. 59: Benesch bezeichnete 1943 bei seinem Besuch in Moskau die USA als die „reaktionärste Großmacht“.

S. 60: Bis heute wirken in der CR Historiker, die ihre Karrieren auf Verherrlichung der „leninistischen Meisterschaft“ der Kommunisten bei der Umgestaltung der nationaldemokratischen in eine sozialistische Revolution gründeten.

S. 62 ff.: Kompakter Abriss der tschechischen Geschichte.

S. 71: Die csl. Verfassung war schlechter als die österreichische, die den Begriff Minderheit nicht kannte. Die Sudetendeutschen, Slowaken usw. sind (wie schon Emanuel Radl feststellte) konstitutive Einheiten des Staates.

S. 74 f: Die tschechischen Botschaften in Paris, London und Berlin wurden 1938 von ihrer Regierung über ein geplantes Gesetz informiert, **das die** (unverblümt ein gestandenen) „Schikanen“ und „Nadelstiche“ **gegen die Sudetendeutschen mildern sollte.** Das Gesetz kam aber nicht mehr zustande.

S. 77: **Necas-Geheimbrief;** darin schon 1938 der Vorschlag der Umsiedlung von 1,5-2 Mio Sudetendeutschen, der in der CR heute aber verschwiegen wird, da er nicht zur

tschechischen Staatsideologie passt, wonach die Vertreibung nur Folge des 2. Weltkrieges gewesen sei (S. 80). Wollte Benesch dabei „Demokraten, Sozialisten und Juden“ oder „Demokraten und sozialistische Juden“ im Lande behalten (S. 78)?

S. 80: Sudetendeutsche waren verständigungsbereit, da sie bis 1935 aktivistische Parteien wählten, die auch Minister stellten. 1935 trug die SdP sogar noch zum „Zusammenbruch der gegen Benesch stehenden Koalition“ bei, so dass dieser Staatspräsident werden konnte!

S.84-91: Überlegungen zu Vertreibung und Dezimierung der Sudetendeutschen durch Kalla, Cisar, Peska u.a.

S.92 ff.: Zustimmung der Großmächte zur Vertreibung steht aus, wird von Benesch aber jeweils vorgetäuscht, um diese für seinen Plan zu gewinnen. Gegenüber den Exilkommunisten behauptet er 1943 „lügnerisch“, von jenen schriftliche Zustimmungen zu haben (S.97).

S. 106: Der tschechische Wunsch, die Vertreibung in der **Kapitulationsurkunde** vom 8.5.45 festzuschreiben, wird ignoriert. Sie enthielt nur militärische Bestimmungen.

S. 109: Ein Mitarbeiter des Foreign Office meinte am 23.2.1945 zur geplanten Vertreibung, es sei der Imperialismus eines kleinen Staates. Den gleichen Standpunkt hätten die Tschechen auch gegenüber den Slowaken.

S. 111: Tschechische Kommunisten fordern 1931 und später Selbstbestimmung für Sudetendeutsche... Noch im April 1944 wünscht Gottwald die Gleichberechtigung der Deutschen.

S. 114: **Nicht der tschechische Pöbel forderte Gewaltanwendung gegen Deutsche, sondern tschechische Staatsmänner und Politiker!!**

S. 128: Der Transfer der deutschen Bevölkerung stellte für die Großmächte kein wichtiges oder erstrangiges Nachkriegsproblem dar.

S. 137: Das State Departement befürchtete, dass die willkürliche Vertreibung das Chaos erhöhen und die **Gesundheit** vieler Menschen bedrohen werde.

S. 153: Die USA weigerten sich, die Frage des Transfers in Potsdam aufzuwerfen. Die Briten (Eden) übernahmen diese undankbare Aufgabe (S. 170), auch im Hinblick auf die Verhinderung der Gewalttaten gegen Deutsche in der CSR.

S. 154: Der Historiker Karel Kaplan schrieb: In solchen historischen Augenblicken ist es Pflicht der Politiker, die nationalen Leidenschaften zu zügeln. In der CSR geschah aber das Gegenteil.

S. 156: Zur Teilnahme an der Potsdamer Konferenz berechtigten jeweils „5 Millionen Soldaten“.

S. 162: Churchill wäre (lt. Memoiren) mit der getroffenen Grenzziehung nie einverstanden gewesen. Die Transferfrage wird in den amerikanischen und britischen Dokumenten zu Potsdam gerade einmal auf 40 Seiten abgehandelt, das ist 1 Prozent von insgesamt 4.000!

S. 193/194: Stalin sagte, dass die Konferenz ein Dokument zum Transfer wohl annehmen **könne**, die betreffenden Regierungen dieses aber nicht verwirklichen **müßten!** Absatz XIII enthält nirgends die Begriffe „Beschluss“ oder „Entschluss“ (sh. auch S. 199!). In ihm wird der Transfer nur „anerkannt“ (vertiefende Ausführungen dazu bei Lisicky). **Über das Eigentum der Vertriebenen wurde nirgends etwas gesagt.**

- S. 200: Art. XII (andere Zählung XIII) des Potsdamer Protokolls „**ersucht**“ die Vertreterstaaten, die Vertreibungen vorerst einzustellen. (Von einer zwingenden Vorschrift also keine Rede!)
- S. 207: Nur sehr wenig der im Potsdamer Protokoll umschriebenen Maßnahmen wurden später umgesetzt (keine einheitliche Verwaltung, kein Friedensvertrag, Blockade Berlins). Das Potsdamer Protokoll war daher kein internationales Abkommen und konnte ungestraft missachtet werden. Es wurde auch nicht in den „*United Nations Treaty Series*“ aufgenommen.
- S. 210: Die Resultate eines Krieges sind unteilbar. Man kann sich nicht „herausklauen“, was einem gerade passt.
- S. 214: Als sich 1956 im Verbotsverfahren gegen die KPD deren Verteidiger auf das Potsdamer Protokoll beriefen, erklärte die Bundesregierung, daß dieses für das deutsche Volk **nicht verbindlich** sei, dem das BVG folgte.
- S. 217: Der kritische Standpunkt des Westens zum Transfer wird in der CR sorgsam **verheimlicht**. Darunter auch der amerikanische **Walter-Report** (S. 221!).
- S. 219: Auch das tschechische Volk wird heute nicht kollektiv für die Taten der tschechischen Kommunisten zur Verantwortung gezogen (besonders auch S. 237!).
- S. 227-230: 1938 fand keine Vertreibung von Tschechen aus dem Sudetenland statt. Keine Gewalt gegen Tschechen, **keine Dekrete des Dt. Reiches zwecks Umsiedlung von Tschechen** ins Landesinnere. Allerdings hatten die Tschechen im Grenzgebiet keine nationalen Rechte.
- S. 238: Eine humane Abschiebung gibt es ebenso wenig wie eine humane Hinrichtung. Lisicky lehnte es ab, eigene Greuelataten mit der Bestialität anderer zu rechtfertigen.
- S. 239: Eva Hahn (!): Die Vertreibung in ein zerstörtes Land hat eher etwas mit einem KZ-System und mit Gaskammern zu tun als mit der würdigen Politik eines zivilisierten Volkes.
- S. 241: Die Tschechischen Christlichen Demokraten (im Exil) hielten 1954 in New York nur die Parteien der Nationalen Front verantwortlich für die Vertreibung und lehnten eine Kollektivschuld der Deutschen ab. Vielmehr hätten diese ein Recht auf Rückkehr und Hilfe beim Wiederaufbau.
- S. 261 (Anmerkung 99): Während der Pariser Konferenz über die Reparationen im Dezember 1945 lehnte es die CSR ausdrücklich ab, die Konfiskate in die Reparationsansprüche einzubeziehen.

Der „Kampf gegen Extremismus“ erreicht die Schulen

Obwohl das Schulwesen Ländersache ist, beschäftigt das Bundes-Familienministerium 260 Wanderredner, die an den Schulen in den „*Kampf gegen Extremismus, Hass und Rassismus*“ eingreifen sollen. Ihre Zahl wird auf 411 erhöht, was sich im nächsten Haushaltsplan schon mit 36 Mio. Euro niederschlug. Ähnliches kennt man aus China. Dort müssen sich die Jugendlichen Vorträge über die Freundlichkeit der kommunistischen Partei anhören (PAZ, 23.7.21, S. 2).

Der deutschen Wirtschaft entsteht durch Hackerangriffe jährlich ein Schaden von unvorstellbaren 220 Mrd. €. Durchschnittlich fordern die Kriminellen 75 000 € für die Aufhebung der Blockade (FAZ, 6.8.21, S. 1).

Pilzkunde in der CR

Tschechen sind leidenschaftliche Pilzsammler. Ihre Funde werden gebraten, paniert, getrocknet oder eingelegt. Vermutlich können die Pilzsucher in diesem Jahre wegen des guten Wachswetters ihrem Hobby besonders erfolgreich nachgehen.

Da passt es gut, dass genau vor 100 Jahren die Tschechoslowakische Mykologische Gesellschaft (Pilzkundliche Gesellschaft, Československá mykologická společnost) ins Leben gerufen wurde. Treibende Kraft war František Smotlacha (1884-1956), der schon 1909 eine Pilzberatungsstelle schuf, um unsicheren Sammlern bei der Bestimmung essbarer Arten zu helfen. Gemeinsam mit dem Mykologen Bohumil Němec gab er kurz nach Ausrufung der Republik im Jahr 1918 die „Zeitschrift tschechoslowakischer Pilzsammler“ (Časopis československých houbařů) heraus, die er mehrere Jahre lang leitete. Sein Lebenswerk war ein 14 Ausgaben umfassender



Frantisek Smotlacha

„Atlas über essbare und nichtessbare Pilze“ (Atlas hub jedlých a nejedlých), der Mitte des 20. Jahrhunderts erschien und in Böhmen als eine Art Bibel für Pilzsammler gilt. Die Tschechische Mykologische Gesellschaft betreibt heute über 40 Zweigstellen in Tschechien, organisiert Vorträge, Beratungsgespräche und Ausstellungen. Ihr Augenmerk gilt aber auch dem Schutz gefährdeter Pilzgebiete. Das Werk von Frantisek Smotlacha setzte sein Sohn Miroslav fort. Er starb 2007 mit 86 Jahren. (Radio Prag, 13.6.21).

Neues Buch zu den Rheinwiesenlagern

Über das Verbrechen der Rheinwiesenlager hat das Wichtigste bereits James Bacques in seinem 1989 erschienenen Buch „Other Losses“ berichtet. Horst W. Gömpel wunderte sich daher, dass er bis zu seinem 75. Lebensjahr (2004) nichts davon erfahren hatte, trotz 13jähriger Schulausbildung und anschließendem Volkswirtschaftsstudiums. Daher begab er sich auf die Suche nach weiteren Informationen, wobei er auch Zeitungsinserate einsetzte. In der Tat meldeten sich auch einige Zeitzegen bei ihm. Die dabei gewonnenen eigenen Erkenntnisse und die Aktivitäten des US-amerikanischen Offiziers Drucker (unterstützt u.a. von unseren Kameraden OTL. i.R. A.Zips und OTL. i.R. E.S.von Heydebrandt) fasste er in einem neuen Buch „Rheinwiesenlager 1945-1948“ (2021) zusammen.

Gömpels Recherchen zeitigten zusätzlich etwas Überraschendes. Auf ein Zeitungsinserat hin meldete sich eine Mitbürgerin, in deren Obhut sich zwei Schachteln mit zusammen 4.000 beglaubigten Zeugenaussagen zu Übergriffen der Besatzungskräfte auf Deutsche in den ersten Nachkriegsjahren. Sie wurden zur evtl. Vorlage beim Nürnberger Prozess angefertigt. Alleine dieser Fund und seine Auswertung lohnen die Anschaffung des neuen Buches, das beim Autor selbst bezogen werden kann: Dipl.Vw. Horst W.Gömpel, An den Vorratswiesen 9, 34613 Schwalmstadt-Ziegenhain, Tel. 06691-21562.

<p>neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)</p>	<p>€ 5,-</p>	<p>€ 11,-</p>
<p>€ 16,50,-</p>	<p>€ 9,-</p>	<p>€ 10,-</p>

Bestellungen bitte über [wikitobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de) oder über die Anschriften im Impressum!